SPEZIALBEILAGE

Mat Scheiklappen an d'Zukunft?

Mir brauche méi politesche Gestaltungswëllen - am Interêt vun den nächste Generatiounen

Oktober 2019

Der lebensbedrohliche Zustand unserer (Um-)Welt wird immer mehr Menschen bewusst: konsequentes politisches Handeln ist heute dringender denn je!

Die derzeitigen Nachrichten zum Zustand der Welt werden von immer mehr BürgerInnen als schlichtweg erdrückend empfunden:

Die letzten 5 Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messungen im Jahre 1880, so eine rezente Presseerklärung der UN.

Über 100 Wissenschaftler des Weltbiodiversitätsrates rüttelten vor Monaten mit der Botschaft auf, 1 Million Arten stünden vor dem Aussterben und die Menschheit zerstöre derzeit ihre eigenen Lebensgrundlagen. Die Dürre in diesem Sommer hat zusätzlich deutlich vor Augen geführt, wie stark sogar das Ökosystem Wald gefährdet ist.

Dazu kommen gesellschaftliche Schieflagen: Die Schere zwischen Arm und Reich wächst in dramatischem Ausmaß an, ebenso wie populistische Tendenzen.

Allen Analysen zur heutigen Situation aus Sicht der Wissenschaftler gemein ist folgende These: Wir brauchen einen grundsätzlichen Systemwechsel, das heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist nicht mehr tragbar, nicht zukunftsfähig. Es macht die heutige Generation schlichtweg zu Tätern gegenüber den Rechten der kommenden Generationen.

Dabei liegt auf der Hand: die globalen Probleme erlauben es nicht, dass sich Luxemburg länger als "Insel" ansieht. Luxemburg laufen nicht nur die CO2-Emissionen davon (Tendenz steigend, statt abnehmend!), unser Land ist nicht nur das zersiedelste Land Europas, sondern auch im Luxemburger Alltag werden die Folgen des ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums immer gravierender:

- Die Staus auf den Luxemburger Straßen nehmen zu und werden länger, dies trotz erheblicher Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Transportes: die Auswirkungen auf die Lebensqualität zahlreicher Menschen und die Attraktivität des Standortes Luxemburg sind erheblich.
- Die Wohnungsnot und die Suche nach erschwinglichem Wohnraum gehen zudem eindeutig zu Lasten der finanziell benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft.
- Die Landwirtschaft verliert, ob des zunehmenden Drucks auf das Land, mehr und mehr wertvolle landwirtschaftliche Böden; Luxemburg ist weit davon entfernt, die Produktion seiner Lebensmittel im Sinne regionaler Wirtschaftskreisläufe gewährleisten zu können.
- Die ausuferende Siedlungsentwicklung geht vielerorts auf Kosten der Lebensqualität, dies durch eine Zersiedlung der freien Landschaft, den Bau immer neuer Infrastrukturen, des Verlustes an Grünflächen innerhalb der Ortschaften, fehlender Nahversorgung vor Ort, die (im Voraus nicht bedachte) Steigerung des Individualverkehrs u.a.m.
- Das Ausmaß des Artenverlustes in Luxemburg ist ebenso dramatisch, wie Studien in anderen Ländern unter Beweis stellen.
- Der zunehmende Zwang nach "Produktivitätssteigerung", "Effizienz", die Trennung der Lebensfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit, sich versorgen...) u.a.m. führt zu erhöhtem Stress und zu persönlichen und sozialen Problemen.

Niemand kann somit noch ernsthaft leugnen, dass die Entwicklungen in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell weder konform zu einer zukunftsorientierten Gesellschaft, zu dem Wohlbefinden der Menschen... noch konform zum Klimaabkommen von Paris, den Ansprüchen des Biodiversitätsrates noch dem Anspruch zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen sind.

Noch nie, war die Faktenlage so eindeutig wie derzeit!

In der ihr eigenen Art und Weise, wird dies auch von "youth for climate" thematisiert: *"D'Welt brënnt..."* ... ihr Slogan trifft leider den Kern des Problems! Dabei ist ein positiver Umstand, dass das Bewusstsein, dass wir einen Systemwandel benötigen, bei breiten Bevölkerungskreisen wächst.

In einer rezenten in Luxemburg durchgeführten Umfrage erklärt sogar eine große Mehrheit der Befragten ihre Bereitschaft, ihre Lebensweise zu ändern, wenn dies dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen diene und fordert die Politik auf, endlich zu handeln.

Nicht nachvollziehbar ist jedoch die Art und Weise, wie das politische System, die jetzige Regierung aber auch weite Teile der Opposition, auf diese, doch so eindeutigen und in zentralen Aspekten klar belegten wissenschaftlichen Fakten, reagieren!

Die Bilanz der aktuellen Legislaturperiode ist in diesem Zusammenhang mehr denn ernüchternd!

Dabei geht es nicht darum, mit dem "Finger" auf ein Ressort / Ministerium zu zeigen. Es geht vielmehr darum zu hinterfragen, wie zukunftsrelevante Herausforderungen von Politik und Gesellschaft angegangen werden!

Die vorliegende Stellungnahme ist somit Ausdruck eines tiefen "malaise" gegenüber der derzeit fehlenden Politikgestaltung, der fehlenden Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung und stellt somit einen dringenden Appell zum Handeln an die Politik dar.

Je mehr Zeit zur Anerkennung der wissenschaftlichen Fakten und zur gebotenen Kurskorrektur verloren geht, umso "härter" und drastischer werden die Instrumente sein, die ergriffen werden müssen. Je mehr Zeit verloren geht, je mehr die Chance eines "sanfteren" Übergangs verpasst wird, desto tiefgreifender und abrupter werden der Handlungsbedarf und die Einschnitte in das heutige Systeme sein.

Das Pariser Klimaabkommen zeigt den erheblichen Handlungsbedarf auf:*

Das Pariser Klimaabkommen gibt die Ziele im Klimaschutzbereich vor und zeigt auf, dass nicht hier und da eine einzelne Maßnahmen zielführend sein wird, sondern fundamentalere Veränderungen.

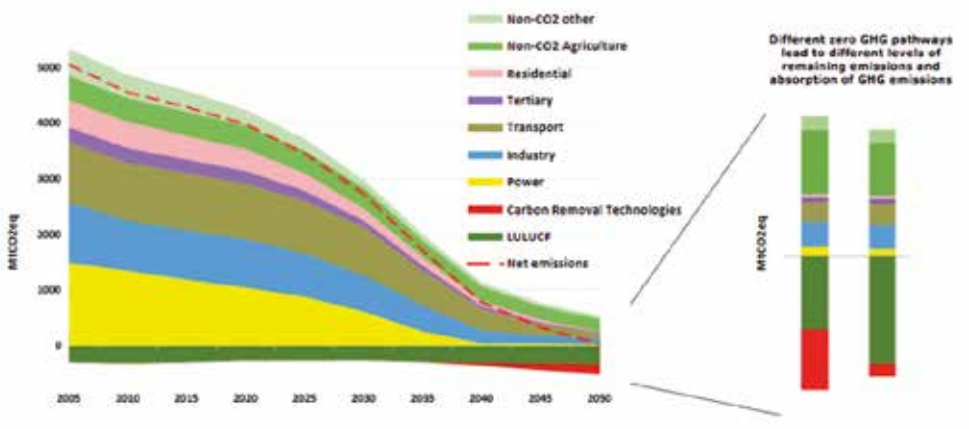


Figure 6. GHG emissions trajectory in a 1.5 °C scenario[3]

Die Politik hinkt in Luxemburg den Entwicklungen hinterher...

Der Mouvement Ecologique hat leider den Eindruck, als ob sich die Politik, ein Jahr nach den Nationalwahlen, weiterhin in Parteigeplänkel und Alltagspragmatismus verlieren würde, statt reell zu gestalten. Angesichts der Herausforderungen ist das derzeitige Versagen der Politik im Sinne einer bewußteren, verantwortungsvollen und zielorientierten Gestaltungsfähigkeit unverkennbar. Einige Beispiele, stellvertretend für andere, illustrieren die heutige Situation:

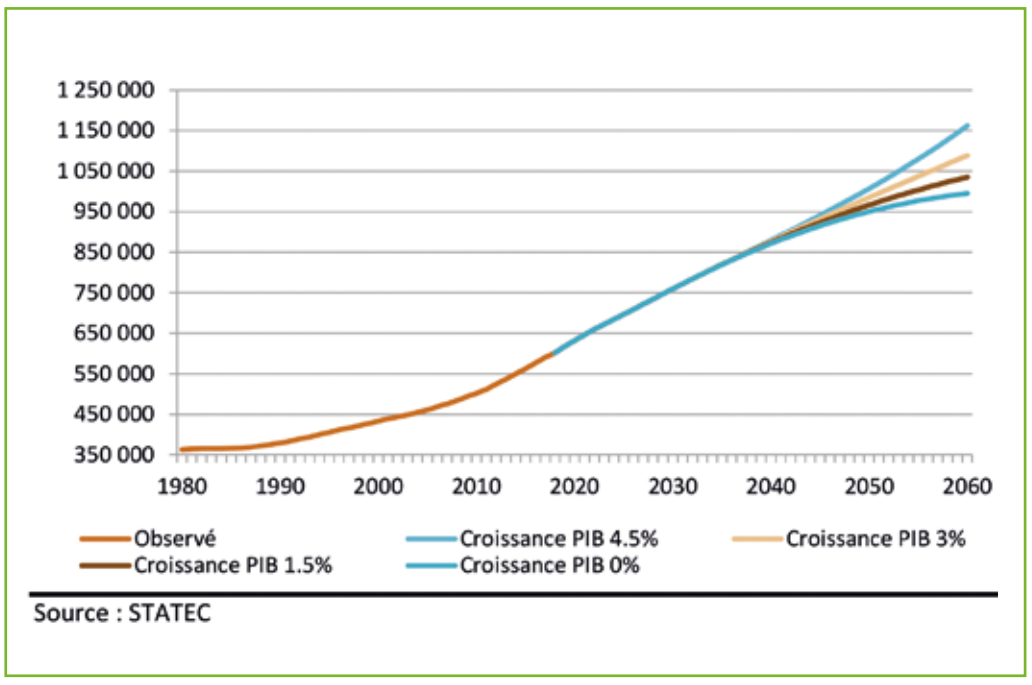
1. Wachstumsdebatte: zu statistischen Zahlenspielereien geschrumpft?

Nach einem gewissen Hype im Vorfeld der rezenten Nationalwahlen scheint die so wichtige Debatte um die Entwicklung Luxemburgs erneut in der Versenkung verschwunden zu sein. Dramatisch ist dabei nicht nur, dass keine reelle Debatte darüber stattfindet, welches der Entwicklungspfad Luxemburgs in Zukunft sein soll, sondern vielmehr in einer geradezu bestürzender Art und Weise ein "Weiter wie bisher" stillschweigend von der Politik akzeptiert und sogar gefördert wird!

De facto verschreibt sich diese Regierung und weite Teile der politischen Elite weiterhin dem Ziel und der Logik des undifferenzierten Wachstums als gesellschaftliches und politisches Ziel. Die Rifkin-Studie und die "circular economy" haben an diesem Paradigma nichts geändert. Dies unter Missachtung der Ansprüche des Pariser Klima-Abkommens sowie der Biodiversitätsfrage.

Rezente Prognosen unterstreichen den akuten Handlungsbedarf:

- Nach Projektionen aufgrund von Eurostat würde sich die Zahl der Grenzpendler auf 350.000 im Horizont 2060 erhöhen (bzw. auf 384.000 in einem anderen Szemario). Die Anzahl gegenüber der heutigen Situation würde sich demnach fast verdoppeln.
- In einer Studie zur Notwendigkeit des Ausbaus des Stromnetzes geht Creos von 1,02 Millionen Einwohnern in Luxemburg im Jahre 2050 aus (eine Steigerung der Einwohnerzahl um 86% zwischen 2015 und 2050).



Zentrale damit verbundene Fragen werden aber leider im politischen Diskurs ausgeblendet! Wird so das Pariser Klimaabkommen respektiert werden können oder die Ziele des Planes für eine nachhaltige Entwicklung, z.B. was die Reduktion des Boden- und Ressourcenverbrauchs betrifft? Wird es jemals möglich sein, die Verkehrsinfrastrukturen an diese Entwicklung anzupassen? Wird Wohnraum - trotz aller Anstrengungen - nicht noch teurer und somit unerschwinglicher? Werden Konflikte zwischen Wohnungen und Biodiversität und Landschaftsschutz nicht immer dramatischere Ausmaße annehmen?

Eine schier anachronistische Situation: Während für immer mehr Menschen im Land immer ersichtlicher wird, dass das Ende der Wachstumsspirale eingeläutet werden muss, scheint die Politik tendenziell eher die Vogelstraußpolitik zu verfolgen.

2. Pariser Klimaabkommen: Realitätsverweigerung und "Nation Branding" auf der UN-Tribüne statt wirksamer Instrumente vor Ort

Die Antworten der Politik auf die so berechtigten Forderungen der Jugendlichen, die den Erhalt unseres Planeten auch für ihre Generation einklagen, sind bisher z.T. beschämend. Auf "väterliche" Art und Weise wird getan, als ob Luxemburg quasi ein Vorreiter im Klimaschutzbereich wäre... , so wie es der Staatsminister in seiner rezenten UN-Rede darstellte. Eigentlich erfordert es eine gewisse Verwegenheit, ein Land, das zu den höchsten Pro-Kopf CO2-Emittenten weltweit gehört, als "Musterland" darzustellen. Dies grenzt an Realitätsverweigerung an höchster Stelle unseres Staates!

Der Staatsminister hat in seinem "Nation branding" zudem "vergessen" anzuführen, dass Luxemburg sich derzeit an jedweden wesentlichen Instrumenten "vorbeimogelt": Luxemburg hat besonders niedrige Energiepreise, eine Diskussion über eine CO_2-Steuer wird nicht einmal ansatzweise geführt, Luxemburg ist absolutes Schlusslicht in der Besteuerung von Umweltverbrauch und Umweltbelastung... Und nicht zuletzt: es scheint auf Regierungsebene eine Blockade für ein effizientes Klimaschutzgesetz zu geben! Oder warum liegt dieses so wichtige Instrument zur rechtlichen Verankerung des Klimaschutzes immer noch nicht vor!?

Prädisponiert uns diese Faktenlage dazu, anderen Ländern Lektionen in Sachen Klimaschutz zu erteilen? Wir meinen nein: Luxemburg sollte zunächst seine Hausaufgaben im Sinne des Pariser Abkommens erfüllen statt sich als vermeintliches Musterland darzustellen!

3. Biodiversität, Förderung der regionalen Landwirtschaft, landesplanerische Steuerung: "et bleift vill Loft no uewen"

Biodiversitätsverlust, Zersiedlung, Verlust natürlicher Ressourcen... sind eng mit der Wachstumsfrage verbunden. Insofern kann eine Bewertung der Entwicklung in diesen Bereichen nur negativ ausfallen. Trotzdem lohnt ein Blick darauf, ob im ganz Konkreten die Politik ihre Gestaltungsfähigkeit ausschöpft. Auch hier ist die Analyse leider ernüchternd, wie folgende Beispiele aufzeigen.

*** Landesplanung: der Wildwuchs geht ungehindert weiter!**

Es ist z.B. geradezu anachronistisch, wenn zwar von kohärenter Planung des Landes, Erstellen neuer Direktiven der Landesplanung die Rede geht und gleichzeitig weitere große Freizeit- und Einkaufszentren an fragwürdigen Standorten geplant werden. Stichwort Junglinster: Die Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen der Nationalstraße (11), die in Spitzenzeiten jetzt schon stark belastet ist, wird entsprechend steigen. Wurde dies im Vorfeld bedacht? Braucht Luxemburg zusätzliche Einkaufs- und Freizeitzentren? Auf Kosten der Verödung unserer Innenstädte und Ortszentren?

Vergleichbare Fragen stellen sich ebenfalls in Bezug auf das neue Einkaufs- und Hotelzentrum in Lorentzweiler: Verkehrsberuhigung der N7, Steigerung der Attraktivität der Ortskerne und "Förderung der zentralen Orte" als oberste Maxime der Landesplanung sehen anders aus!

Die Landesplanung bleibt - trotz sektorieller Pläne - ein Papiertiger: Der Anspruch, es sollten sich zentrale Ortschaften stärker und andere weniger stark entwickeln: ein Wunschdenken. Solange die Landesplanung nicht über die notwendigen rechtlich wirksamen Instrumente verfügt, wird sich daran nichts ändern.

*** Landwirtschaftspolitik: eine neue Rhetorik, doch kein neues Handeln!**

Die Landwirtschaftspolitik - und nicht der einzelne Landwirt - ist in prägendem Ausmaß mit mitverantwortlich für den Biodiversitätsverlust und zum Teil für die Klimaproblematik... Das nicht gebremste Sterben von Bauernhöfen und die Entfremdung von Produzent und Konsument gehen einher mit dem Biodiversitätsverlust.... Das Prinzip des "Wachse oder Weiche" ist angesichts der verheerenden Konsequenzen de facto weder für die Gesellschaft, noch für die Landwirte weiter tragbar. Trotzdem wird daran festgehalten.... Sicher, der neue Landwirtschaftsminister trat in politischen Reden mehrfach für eine Förderung der Regionalität, des Biolandbaus, des Tierschutzes ... ein. Doch von der Rhetorik bis zum Handeln bleibt ein weiter Weg:

- Es gelingt in Luxemburg nicht einmal bei der Umsetzung des Glyphosatverbotes eine Beratung der Landwirte bzw. eine gerechte Entlohnung auch der Biolandwirte sicherzustellen.
- Der Aktionsplan zum Biolandbau, welcher bereits für Juli 2019 angekündigt war, wird jetzt für Ende des Jahres versprochen. Zwar gab es im Juli ein (sehr) kurzfristig organisiertes World-Café, aber da der Aktionsplan zur Biolandwirtschaft nicht vorlag, wurde letztendlich nur eine „Gesprächsrunde" mit Wohlfühlcharakter daraus!
- In den Ausschreibungen zu Schulobst (und gleiches gilt sicherlich auch für andere Teile der Verpflegung in öffentlichen Kantinen) wird regionalen Produzenten sowie Qualitätskriterien, dem Biolandbau sowie Produzenten aus Luxemburg und der Großregion nicht annähernd den Stellenwert zuerkannt, der notwendig wäre. Wenn nicht einmal derart äußerst überschaubare Schritte gelingen, wie soll dann die Luxemburger Landwirtschaft fit für die Zukunft gemacht werden?

4. Wo bleibt der Aufbruch in eine zeitgemäße "BürgerInnen-Gesellschaft"?

Transparente und funktionierende demokratische Prozesse sind die Voraussetzung schlechthin, um den kulturellen Wandel, den wir vollziehen müssen, zu ermöglichen: weg von einer Konsumgesellschaft hin zu einer Gesellschaft der Kultur des Miteinanders, in dem Gemeinwohl statt Wachstum Vorrang hat. Doch gerade in diesem so zentralen Punkt ist derzeit kein Aufbruch zu verzeichnen.

- Eigentlich sind fast alle Parteien der Überzeugung, das Doppelmandat Abgeordneter / Schöffe, vor allem bei größeren Gemeinden, gehöre abgeschafft. Warum sind aber nicht erste Schritte in diesem Sinne erkennbar?
- Ähnliches gilt für die vielbeschworene Aufwertung der Abgeordnetenkammer, zumindest nach außen ist nicht erkennbar, dass hier reelle Reformen in die Wege geleitet wurden. Die Abgeordnetenkammer wirkt nach wie vor wie ein "verlängerter Arm der Regierung".
- Hinter vorgehaltener Hand wird der Vorwurf auch von politischer Seite geäußert, der Staatsrat vereitele die zügige Verabschiedung von wichtigen Gesetzesprojekten: er gäbe de facto die politische Zeitroute und Agenda vor. Dies da er entscheide, wann er welches Gesetzesprojekt avisiert und so eine Reihe Gesetzesprojekte auf die lange Bank geschoben werden. Trotzdem scheint die Reform des Staatsrates, die seit Jahren phasenweise immer wieder aufflaut und noch rezent in aller Munde war, erneut tabu...
- Vielfach scheint nicht bekannt zu sein, dass Luxemburg Ende 2018 ein neues Gesetz zur "transparenten Verwaltung" erhalten hat. Die Umsetzung scheint, dezent gesagt, derzeit eher schleppend voran zu gehen...
- Und auch wenn Ministerien verstärkt "Informationsveranstaltungen" und z.T. auch Beteiligungsprozeduren (wie z.B. bei der Reform des RGTR-Netzes) organisieren, sind wir weit von einer Bürgergesellschaft entfernt, in welcher es eine systematische und auch den Regeln einer guten Einbeziehung der BürgerInnen entsprechende Beteilungskultur gäbe.
- Noch vor 5 Jahren wurde die verstärkte Einbindung der nicht luxemburgischen Bevölkerung als ein "MUST" angesehen und zumindest von den Regierungsparteien konsequent vertreten. Nach dem Ausgang des Referendums ist - nach außen erkennbar - kaum etwas in diesem Sinne erfolgt.

Zentrale Handlungspisten der Politikgestaltung

Beim Angehen dieser Herausforderungen gilt es verschiedene Grundprinzipien zu beachten:

→ Einen Systemwechsel - über einzelne Politik bereiche hinaus - in die Wege leiten

Wenn wir wirklich dem Pariser Klimaschutzabkommen gerecht werden wollen, dann ist es nicht mit "circular economy" getan und auch die Digitalisierung bzw. eine Effizienzsteigerung werden nicht die so notwendige Reduktion an CO2-Emissionen bringen. Ähnliches gilt für den Erhalt der Biodiversität.

Insofern: Es ist die Pflicht der politischen Akteure - Regierung UND Opposition - diese gewaltigen Herausforderungen weitaus konsequenter zu thematisieren und im Rahmen einer öffentlichen Debatte offen zu legen. An der Zivilgesellschaft ist es, sie dabei zu unterstützen!

→ Statt moralischer Appelle – politische Richtlinien vorgeben sowie einen politischen Rahmen schaffen!

Dies bedeutet auch, dass wir, statt "moralischer Appelle" der "Einzelne" müsse sich ökologischer verhalten (bio einkaufen, weniger fliegen...), neue Rahmenbedingungen brauchen! Sicherlich: Niemand soll verantwortungslos handeln und auch der Einzelne sollte durchaus Verantwortung übernehmen. Aber: wie soll man mit falschen oder fehlenden Anreizen richtig leben? Wenn fliegen billiger als Zug fahren ist, wer mag dann jemandem das Fliegen verübeln?

Statt moralischer Appelle muss der politische Rahmen umgestaltet werden, damit ein wünschenswertes Verhalten gefördert... und umweltbelastendes Verhalten erschwert wird (z.B. durch die Internalisierung externer Effekte von Konsumverhalten).

→ Soziales mit Ökologischem verbinden!

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit sind zwei Seiten der gleichen Medaille! Beide Fragen müssen weitaus bewusster gemeinsam angegangen werden, z.B. bei der so wichtigen nachhaltigen Steuerreform bzw. der Einführung einer CO2-Steuer, im Rahmen der Förderung von Energiesparmaßnahmen u.a.m.

→ Neue "Zukunftsbilder" entwickeln

Die heutige Kultur ist geprägt vom "immer mehr" und "immer größer" und "immer schneller". Dieses Ziel mag in Zeiten großer Not sinnvoll und angebracht gewesen sein. Heute aber ist diese Maxime ein Widersinn. Trotz der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich: Der Großteil der Menschen in unseren westlichen Ländern hat nicht "zu wenig", sondern eher zuviel an Konsum und Gütern.

Geboten ist eine Politik, die sich für einen gesellschaftlichen Wandel einsetzt, der dem Bild des "immer mehr", das Bild des "gerechten Verteilens von Gütern" und des Wohlbefindens entgegen setzt. Sprich auch: Förderung des Gemeinwohls, neuer Arbeitszeitmodelle ... kurzum: eine sozial-ökologische Wende.

Beim Angehen dieser Herausforderungen gilt es verschiedene Grundprinzipien zu beachten:

Die Politik und die Zivilgesellschaft müssen ihre Verantwortung übernehmen!

Die Fakten sind bekannt: noch nie war ein Überleben der kommenden Generationen auf diesem Planeten so gefährdet wie derzeit.

Ein "weiter wie bisher" ist keine realpolitische Option, sondern nur ein "Aussetzen"!

Dabei muss uns bewusst sein, dass es keine technologischen Wundermaschinen gibt. So wichtig technologische Neuerungen sind: der Stopp des menschengemachten Klimawandels sowie der Erhalt der Biodiversität werden nur dann möglich sein, wenn ein Systemwechsel in unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft erfolgt.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die politisch Verantwortlichen diese Herausforderungen und die dringend gebotenen Instrumente benennen und Luxemburg nicht weiterhin in einer Form der "Realitätsverleugnung" als Musterland dargestellt wird.

Die Politik muss Motor des Diskurses sein und nachhaltige Zukunftswege anregen!

Die Zivilgesellschaft wir die Politik in den notwendigen Veränderungsprozessen unterstützen.

Konkrete Instrumente

Eigentlich müssten im Sinne des “Nation branding” erneut die Vielzahl der verfügbaren Instrumente zur Transformation der Gesellschaft angeführt werden (siehe Broschüre des Mouvement Ecologique zu den Nationalwahlen), es seien jedoch nur einige zentrale hervorgehoben.

1 Eine Analyse, wie unser Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden kann, ist überfällig!

Die heutige Annahme unser Sozialsystem könne ad infinitum durch eine immer steigende Anzahl von Grenzgängern finanziert werden, ist ein Trugschluss. Über kurz oder lang stellt sich die Frage der Finanzierung des Sozialsystems ohne steigende Wachstums- und Beschäftigungsraten... Je später wir diese so wichtige Frage angehen, umso drastischer werden die Schritte sein, die ergriffen werden müssen, da eine immer größer werdende Anzahl an Renten und Pensionen finanziert werden muss! Warum versteift sich die Politik aufs Nichtstun?!

Der Mouvement Ecologique fordert die umgehende Erstellung einer Studie ein, über mögliche Alternativen, um das Sozialsystem ohne kontinuierliches Wachstum zu finanzieren.

2 Diskussion über wünschenswerte Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und Benennung der Steuerrungsinstrumente!

Kein Weg führt an der Wachstumsdebatte vorbei. Dazu gehören auch Fragen wie folgende: Wie kann das Wachstum gesteuert werden? Welcher Umweltverbrauch u.a. auch in Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Wirtschaftsstandortes bzw. der demographischen Entwicklung ist in Zukunft noch zulässig? Wie können wirtschaftliche Aktivitäten gerechter in der Großregion verteilt werden? Welche Kriterien sollen für neue Betriebe gelten? Wie können **regionale und zirkuläre Wirtschaftskreisläufe, neue Formen des Wirtschaftens, der Solidarwirtschaft sowie der Gemeinwohlökonomie reell gefördert werden?** (steuerliche Anreize und Investitionsbeihilfen, Förderung regionaler Verabeitungsketten...).

3 Nachhaltige Steuerreform, CO_2-Steuer und Abbau umweltschädlicher Subventionen endlich wirklich angehen!

Der Mouvement Ecologique hat 2016 eine Studie im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerreform vorgelegt. Von offizieller Seite ist bis dato nichts erfolgt. Es müssen nun endlich Fakten auf den Tisch, wie eine sozialverträglich gestaltete, nachhaltige Steuerreform aussehen könnte.

Umgehend auf den Tisch müssten auch Modelle einer CO_2-Besteuerung. Sie stellt die zentrale Stellschraube dar, um die erforderlichen Anreize zur Umgestaltung unseres Systems in Richtung Klimaneutralität in die Wege zu leiten! Auf den Tisch muss auch die mehrfach angekündigte und scheinbar vor Jahren in Auftrag gegebene Studie zum Abbau umweltbelastender Subventionen. Es ist beschämend, dass Luxemburg bewusst weiterhin Gelder für Projekte ausgibt, die zentralen gesellschaftlichen Zielen zuwiderlaufen!

4 Klimaschutz erfordert reelles Handeln!

- Dringend muss ein nationales Klimaschutzgesetz vorgelegt werden, das im Einklang mit dem Pariser Abkommen und den rezenten IPCC-Berichten steht, und welches verbindliche Reduktionsziele für alle Sektoren vorsieht!
- Eine CO_2-Steuer in einer ausreichenden Höhe um das Nutzerverhalten von Betrieben und Haushalten zu beeinflussen muss schnellsten eingeführt werden, auf allen fossilen Brenn- und Treibstoffen! Dabei ist es aus Gründen der Akkzeptanz wichtig, offenzulegen, für welche Klima- und sozialrelevanten Projekte die Einnahmen aus der CO_2-Steuer verwendet werden sollen.
- Um den Tanktourismus mitsamt seinen schädlichen Einflüssen auf Luftqualität, Klimabilanz und Infrastruktur endlich in seine Schranken zu verweisen, muss noch für das Budget 2020 eine weitere Erhöhung der Accises auf Benzin und Diesel vorgesehen werden. Außerdem steht die Regierung in der Pflicht, die Besteuerung von neuzugelassenen PKWs nach dem neuesten Standards (WLTP-Messverfahren) ab dem 1. Januar 2020 einzuführen.
- Die Instrumente des Nationalen Klima- und Energieplanes (NECP) müssen offen gelegt werden, mitsamt einer Chiffrierung der zu erwartenden Energie- oder CO_2-Einsparungen!
- Divest ist nach wie vor die Devise! Nach dem Vorbild anderer nationaler Investfonds, müssen auch der Luxemburger Pensionsfonds (FDC) sowie der sogenannte Zukunftsfonds den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern angehen, allen voran aus der Kohle und der Erdölförderung und-raffinerie. Dies um die Investitionspolitik der öffentlichen Fonds in Einklang mit dem Pariser Abkommen zu gestalten, aber auch um der sogenannten Carbon-Bubble zu entgehen.

5 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten!

Angesichts der Dramatik der aktuellen Situation braucht es eine regelrechte Strategie zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen mit u.a. folgenden Elementen:

- Stopp der weiteren Zersiedlung des Landes und der Zerstörung guter landwirtschaftlicher Böden: Der Erhalt der Biodiversität muss Vorrang vor dem Wachstumswahn haben!
- Einklagen auf EU-Ebene einer grundsätzlichen Umorientierung der Landwirtschaftspolitik (u.a. im Rahmen der europäischen GAP-Reform (Gemeinsame Agrarpolitik)) und Ausnutzung des nationalen Spielraumes in Luxemburg bei deren Umsetzung: Der Landwirt sollte in Zukunft primär für seine (ökologischen) Leistungen im Sinne der Gesellschaft entlohnt werden, statt generell Subventionen / Prämien z.T. mit der “Gießkanne” zu erhalten, damit er überhaupt überleben kann. Das Prinzip “Entlohnen von Leistung” statt “Subvention” ist im Interesse der Landwirtschaft und der Gesellschaft und schützt Luft, Wasser, Boden und Biodiversität. Dies in Verbindung mit einer Landwirtschaftspolitik, die an die Fläche gebunden ist (u.a. durch eine Besteuerung von Kunstdünger und Futterimporten) und Instrumenten, um die solidarische Landwirtschaft und den “Quereinstieg” von Landwirten zu ermöglichen.
- Umgehendes Vorlegen des Aktionsplanes Biolandwirtschaft mit konkreten Umsetzungsinstrumenten.
- Aktionsplan Pestizide aus dem Dornröschenschlaf erwecken.
- Förderung von Bioprodukten und regionalen Produkten mit Qualitätskriterien in öffentlichen Strukturen: statt Rhetorik konkretes Handeln!

6 Die Landesplanung aufwerten!

Die Landesplanung wird solange ein Papiertiger bleiben, wie sie nicht auf wirksamere rechtsverbindliche Mittel zurückgreifen kann, um (vielfach wirtschaftlich geprägten) Partikularinteressen von Interessenvertretungen, VertreterInnen einer klassischen “Kirchturmpolitik” u.a.m. Einhalt zu gebieten.

Deshalb braucht es u.a.:

- eine Verankerung der Landesplanung in der Verfassung;
- ein Einbeziehen der Großregion als wesentliches Element u.a. im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung;
- eine Ausweitung des Vorkaufsrechtes der öffentlichen Hand und falls notwendig dem Recht auf Enteignung im Sinne der “utilité publique”;
- eine, auch rechtlich abgesicherte, Gewährleistung der Direktiven der Landesplanung bei kommunalen Projekten und
- eine Eindämmung des Wildwuchs im Bereich der Siedlungsentwicklung in peri-urbanen bzw. ländlichen Räumen und eine Priorität für die zentralen Entwicklungspole unseres Landes.

Eine Neufassung des “programme directeur”, der u.a. diesen Ansprüchen nicht gerecht würde, läuft Gefahr dieselbe Bedeutung wie die vorherigen Ausgaben zu erfahren: nämlich keine!

7 Einen politischen Rahmen für die Digitalisierung setzen

Die Politik sollte nicht nur die technische Umsetzung der Digitalisierung begleiten, sondern auch weitaus stärker den politischen Rahmen setzen: Reduktion des Reboundeffektes beim Konsumverhalten, gerechte Verteilung des erwirtschafteten Mehrwertes, sozialverträgliche Reorganisation des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmodelle, dringend gebotene Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs vorgeben, u.a.m.

8 Die demokratische Kultur vorantreiben!

Eine ökologisch-soziale Wende in unserer Gesellschaft ist untrennbar verbunden mit einer Weiterentwicklung unserer Diskussionskultur und einer Stärkung der Beteiligung der BürgerInnen. Dazu bedarf es einer Reihe von Maßnahmen, so u.a.

- Trennung der Doppelmandate Abgeordneter / Schöffenrat, vor allem in Proporzgemeinden;
- Reform des Staatsrates, u.a. mit Festlegung konsequenter Bearbeitungsfristen
- Aufwertung der Rolle der Abgeordnetenkammer durch gezielte Reformen (u.a. Einstellung von Fachreferenten, transparentere Berichte der Kommissionssitzungen, Anhörungen der engagierten Zivilgesellschaft...)
- Auswertung der Stärken und Schwächen des Gesetzes betreffend die “transparente Verwaltung” und in die Wege leiten von den notwendigen Reformen
- Erstellung einer weitreichenden Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft, vor allem auch der Einbindung ausländischer Bevölkerungsteile
- Konsequente Umsetzung des Transparenzregisters

9 Nein zur jetzigen Generation der Freihandelsabkommen!

Zahlreiche neue Freihandelsabkommen stehen zur Diskussion, CETA (das Abkommen zwischen EU und Kanada) soll sogar aller Voraussicht nach noch dieses Jahr in der Abgeordnetenkammer zum Votum gestellt werden. Luxemburg muss ein klares NEIN zu den zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen sagen, da sie aus demokratischer, sozialer und ökologischer Sicht nicht tragbar sind. U.a. das Recht von Multinationalen Länder vor Gericht zitieren zu können, da sie aufgrund von nationalen Regelungen weniger Gewinne machen können, ist absolut untragbar. Entsprechend sollte die Abgeordnetenkammer auch dem CETA-Vertrag nicht zustimmen!